

## Apropos 34:

# Wie die Hintermänner von George W. Bush wirken

**W**erden wir richtig informiert? Nur wenn wir den Guru unserer eigenen individuellen Vernunft in der richtigen Weise wirksam werden lassen. Das heißt: wenn wir uns um die nötigen Informationen bemühen und sie *denkend* verarbeiten. Sonst laufen wir Gefahr, von Medien, Behörden oder auch Wissenschaftlern (manchmal absichtlich) in die Irre geführt zu werden. So wie es zum Beispiel George W. Bush und seine Administration – nicht nur beim Irakkrieg – sozusagen notorisch tun, was in dieser Kolumne immer wieder belegt worden ist.

### Das «schleichende Gift»

Im letzten *Apropos* wurde darauf hingewiesen, dass das kein Zufall ist, sondern Ausfluss des «Karma der Unwahrhaftigkeit», das Rudolf Steiner für die «ganze europäisch-amerikanische Menschheit» konstatiert hat. Dieses «schleichende Gift der Unwahrhaftigkeit» verseucht bereits die ganze Erde auf allen Ebenen.

Kleines Beispiel: «Google Earth» ist eine (in der Grundform unentgeltliche) Datenbank zur Darstellung eines virtuellen Globus. Sie kann Satelliten- und Luftbilder unterschiedlicher Auflösung mit Geodaten überlagern und auf einem digitalen Höhenmodell der Erde darstellen. Sie ist sozusagen ein raffinierter dreidimensionaler Atlas, mit dem man z.B. auch Standortbestimmungen vornehmen kann. Mit dieser Technik ist es einfach, immer die neusten Satellitenbilder zu zeigen. Im Fall der im August 2005 vom Hurrikan «Katrina» zerstörten amerikanischen Stadt New Orleans ist das aber nicht so: Da wurden «aktuelle Aufnahmen der Metropole durch alte von vor dem großen Sturm ersetzt», so dass die Stadt «auf wundersame Weise wieder heil» erscheint – was nun zu einem neuen Sturm geführt hat, einem «der Entrüstung, der Google entgegen schlägt». Sogar der – inzwischen demokratisch beherrschte – amerikanische Kongress verlangt bereits Aufklärung: Ein «Unterausschuss des Ausschusses für Wissenschaft und Technologie» hat Google-Chef Eric Schmidt darum gebeten zu erklären, warum das Unternehmen alte Bilder verwendet. «Der Gebrauch von alten Bildern durch Google ist den Opfern des Hurrikans «Katrina» gegenüber ungerecht», empörte sich der Ausschussvorsitzende Brad Miller in einem Brief. Und: «Ohne Erklärung alte Bilder von vor «Katrina» zu verwenden, obwohl neuere Aufnahmen zur Verfügung stehen, erscheint fundamental unehrlich.»<sup>1</sup> Die Aussage des bei Google für die Satellitenbilder zuständigen Produktma-

nagers, die «Bilder, die man jetzt sehen könne, seien die hochwertigsten, die zur Verfügung stünden», nimmt niemand ernst. Gerätselt wird nur, ob hier den Behörden von New Orleans (vorspiegeln, dass der Wiederaufbau erfolgreicher ist als in der Wirklichkeit) oder US-Präsident George W. Bush (dessen Reaktion auf den Hurrikan die meisten Amerikaner als das große Versagen erlebt haben) zuge dient wird?

### Die Sprengstoff-Lüge

Noch schlimmer wirkt das «schleichende Gift» bei den seit einigen Monaten verschärften Flughafenkontrollen zu den Flüssigkeiten im Handgepäck. Die EU-Verordnung 1546/2006, laut der Flüssigkeiten nur noch in durchsichtigen Behältnissen mit maximal 100 Millilitern in einem ebenfalls durchsichtigen Plastikbeutel mit maximal einem Liter Fassungsvermögen mit an Bord genommen werden dürfen, ist eine bloße (zeitaufwändige und kostspielige) Schikane der Fluggäste – völlig «überflüssig» und «rein politisch und administrativ bedingt» durch den Druck der USA, wie der Sicherheitschef des Flughafens Zürich-Kloten schon vor Monaten im Schweizer Fernsehen festgehalten hat<sup>2</sup>. Das hat man inzwischen offenbar auch im deutschen Bundestag gemerkt, wie eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion vermuten lässt. Im letzten August haben britische Behörden – wie sie behaupten – mehrere Sprengstoff-Anschläge auf transatlantische Flüge verhindert; Terroristen wollten in den Flugzeugen angeblich hochexplosives Triacetontriperoxid (TATP) herstellen. Sprengstoffexperten halten das für praktisch ausgeschlossen. Um den Flüssigsprengstoff TATP herzustellen, müssen Aceton und Wasserstoffperoxyd «wenigstens zwei Stunden lang unter ständiger Kühlung gerührt werden. Dann muss die Flüssigkeit zehn Stunden in Ruhe verdampfen können. Nur die zurückbleibenden Kristalle sind explosiv.» Und das alles auf einem Flug von London nach New York, der zehn Stunden dauert ... Im Gefolge dieser «Sprengstoff-Lüge»<sup>3</sup> wandern «nach Schätzungen des Arbeitskreises Deutscher Flughäfen Woche für Woche Kosmetika, Parfüms und Spirituosen im Wert von zwei Millionen Euro» in den Müll, «das sind 104 Millionen Euro pro Jahr. Am Frankfurter Flughafen werden an Spitzentagen bis zu drei Tonnen an Flüssigkeiten eingesammelt und vernichtet». Und: «Allein die derzeitigen Sichtkontrollen der Flüssigkeiten im Handgepäck haben die Effektivität der Sicherheitsschleu-

sen an deutschen Flughäfen um 30 Prozent verringert. (...) Das bedeutet: längere Wartezeiten für die Passagiere, verspätete, schlimmstenfalls verpasste Flüge.» Auch der FDP-Luftverkehrsexperte im Bundestag, Jan Mücke, hält die Regelung für verfehlt: «Ich bezweifle schlicht und einfach, dass es einen objektiven Sicherheitsgewinn gibt. (...) Da wird uns ein Sicherheitsgefühl nur vorgegaukelt.» Der SPD-Innenexperte Dieter Wiefelspütz nennt diese Kontrollen schlicht «Unfug». Sprengstoffexperten wie Horst Krause vom Fraunhofer-Institut für Chemische Technologie in Pfinztal stellen fest: «Sie können sich in jedem Duty-Free-Shop eine Brandbombe zusammenkaufen. Insofern ist die Regelung nicht konsequent.» Einen Molotow-Cocktail beispielsweise kann man ohne weiteres aus Kölnisch-Wasser herstellen und ihn «mittels eines Stofflappens und Feuerzeugs leicht zum Brennen» bringen. «Feuerzeuge dürfen nach wie vor mit an Bord genommen werden.»<sup>3</sup>

### Ein kriminelles Rechtssystem

Noch viel schlimmer: Das «schleichende Gift der Unwahrhaftigkeit» hat nicht nur gewisse Regierungen verseucht, sondern bereits auch das amerikanische Rechtswesen. In dieser Zeitschrift hat kürzlich Paul Craig Roberts, der unter US-Präsident Reagan stellvertretender Schatzminister war, darauf hingewiesen, dass und «warum Amerikas Rechtssystem kriminell ist»<sup>4</sup>. In den USA «sitzen viele zu Unrecht Verurteilte in Gefängnissen, da es zu einer großen Zahl von Fehlurteilen kommt». Im Vergleich zu allen anderen Ländern der Welt sperrt das «Land der Freiheit» «den höchsten Prozentsatz» seiner Bürger in Gefängnisse, «selbst mehr als China»! Dazu kommt ein übler «Handel mit der Gerechtigkeit»: «mehr als 95% aller Verbrechen» werden durch «Vereinbarung zwischen Staatsanwalt und Angeklagten bzw. Verteidigung erledigt». «Staatsanwälte meiden die Verhandlung vor Gericht, weil sie zeitraubend und mit hohem Arbeitsaufwand verbunden ist.» Das bedeutet aber, dass hier «Verbrechen» abgeurteilt werden, die möglicherweise keine sind. Wer in den USA in die Fänge der Justiz gerät, tut oft besser daran, ein kleines Delikt, das eine kleine Strafe zur Folge hat, zu gestehen, als vor Gericht eine hohe Strafe für etwas zu bekommen, das er ebenfalls nicht begangen hat.

### Zum Beispiel Guantánamo

Das gleiche bedenkliche Verfahren wird nun auch beim Unrechtssystem Guantánamo angewandt. Auf dem US-Stützpunkt in Kuba werden im Rahmen von Bushs «Krieg gegen den Terror» teilweise seit fünf Jahren unter Missachtung der Menschenrechte und anderer üblicher

Rechtsstandards angebliche Terroristen bei menschenunwürdigen Bedingungen (Folter!) festgehalten. Ein wesentlicher Pfeiler des Rechtsstaates, den US-Regierungen sonst nicht müde werden, der ganzen Welt zu verkünden, ist die sogenannte Unschuldsvermutung, d.h. ein Angeklagter hat solange als unschuldig zu gelten, bis er von einem ordentlichen Gericht rechtsgültig verurteilt worden ist. Bei Guantánamo kann weder von «ordentlichem Gericht» noch von «rechtsgültig» die Rede sein; es handelt sich um eine – am Maßstab Völkerrecht gemessen – illegale und politische Willkürjustiz. Eine neu geschaffene US-Militärkommission hat den australischen Guantánamo-Häftling David Hicks (als ersten) zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt, von der er jedoch nur neun Monate absitzen muss – das darf er erst noch in Australien. Die Kommission und Hicks' Verteidigung hatten das ausgehandelt. So wurde das «Schuldbekennnis» des Australiers belohnt. Hicks hatte erklärt, er habe «eine militärische Schulung in einem Ausbildungslager» von Al-Kaida absolviert und sich Ende 2001 an deren Kampf gegen die US-Truppen in Afghanistan beteiligt. «Nach nur zwei Stunden Kampf habe er aber seine Waffe verkauft und versucht, in einem Taxi nach Pakistan zu fliehen. (...) Von den Al-Kaida-Plänen für die Anschläge vom 11. September 2001 habe er nichts gewusst.»<sup>5</sup> Der Australier musste schriftlich erklären, «dass er während seiner Zeit in Guantánamo niemals misshandelt worden sei» und ferner darauf verzichten, «die amerikanische Regierung jemals auf Schadenersatz zu verklagen oder gegen das Urteil Berufung einzulegen. Außerdem darf er ein Jahr lang den Medien keine Interviews geben.»<sup>6</sup> (Der Vater des Häftlings, Terry Hicks, erklärte, sein Sohn, der seit fünf Jahren in Guantánamo einsitzt, habe diesen Deal eingehen müssen, damit er endlich da rauskommt. «Aber wir wissen, dass er misshandelt wurde. (...) Und ich werde dieses Thema weiter verfolgen.») Dieses Vorgehen ermöglichte dem Gericht, keine Beweise für eine Schuld präsentieren zu müssen. Ein Beobachter hält fest: «Ausgehandelt wurde der Deal zwischen dem Hicks zugewiesenen Pentagon-Verteidiger (den zivilen Verteidiger hatte der Richter am ersten Tag ausgeschlossen) und der Militärkommission unter Umgehung der Staatsanwaltschaft, was überdies zeigt, dass es um ein politisches Urteil ging.»<sup>7</sup> Letztlich gebe das «scheinlegale Schauprozesse», die «an stalinistische Inszenierungen erinnern»<sup>8</sup>. Vermutlich wird noch gegen weitere 80 «feindliche Kämpfer» so vorgegangen. Dem großen Rest der Guantánamo-Häftlinge (über 300) wird wohl «nicht einmal diese Farce gewährt». «Man wird sie – ohne Entschuldigung und Entschädigung für die Freiheitsberaubung und manche Misshandlungen oder Demütigungen – irgendwann in

ein Land freilassen, so dass sie keine Klage gegen den von Bush pervertierten «amerikanischen Traum» führen können. Was die US-Regierung mitsamt dem Pentagon und den Geheimdiensten am meisten fürchten, wäre ein Prozess vor amerikanischen Gerichten, in dem Folter und Misshandlungen im Namen des Staates oder von der Regierung gedeckt nachgegangen würde. Solange sich die USA dem internationalen Gerichtshof entziehen und viele Staaten entsprechend als Supermacht beeinflussen können, droht den Regierungsangehörigen keine Gefahr. Und selbst wenn ein Land Regierungsangehörige der USA oder befreundeter Staaten vor den internationalen Gerichtshof (...) stellen sollte, hat der amerikanische Kongress in einem Gesetz bereits eine deutliche Drohung verankert: Der Präsident hätte damit das Recht, auch mit militärischer Gewalt die Gefangenen aus Den Haag zu befreien.»<sup>7</sup>

### Juristische Purzelbäume

Doch scheint auch diese Sicht noch zu optimistisch, denn das «schleichende Gift» hat offenbar bereits das Oberste Gericht der USA erreicht. Es weigerte sich – wenn auch nur mit vier zu drei Stimmen –, wie von Guantánamo-Gefangenen gefordert über die Verfassungsmäßigkeit eines Anti-Terror-Gesetzes zu urteilen, das Bush im vergangenen Jahr gegen erhebliche Kritik des Kongresses durchgesetzt hatte. In dem Gesetz wird US-Gerichten die Zuständigkeit für Ausländer abgesprochen, die außerhalb des Landes als «feindliche Kämpfer» festgehalten werden. Wenn das Oberste Gericht der USA den Rechtsstaat hochhalten wollte, hätte es dringend eingreifen müssen, denn es gibt mehr als genug Zeugnisse über die von der Bush-Administration auf Guantánamo inaugurierte Pervertierung des Rechts. Z.B. das jüngste, kleine «Häppchen»: Der 37-jährige Iraker Bisher al Rawi, der mit seiner Familie in Großbritannien leben darf und der fast fünf Jahre in Guantánamo gefangen gehalten wurde, hat nach seiner Freilassung erklärt: «Die Hoffnungslosigkeit, die man in Guantánamo empfindet, lässt sich kaum beschreiben». (...) «Man ist Beschuldigungen ausgesetzt, die schlicht lächerlich und falsch sind, aber man hat keine Chance, das Gegenteil zu beweisen. Es gibt keinen Rechtsweg, keinen fairen Prozess.»<sup>9</sup> Auch die Folterwürfe sind äußerst gut belegt. Etwa vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes. Oder von «Amnesty International». Ein gewisser Alberto Gonzales – den man nur darum nicht als das bezeichnen darf, was man im normalen Sprachgebrauch kriminell nennen würde, weil er derzeit Justizminister der USA ist – machte im Januar 2002 als Berater im Weißen Haus US-Präsident George W. Bush darauf aufmerksam, «dass die Nicht-Anwendung der

Genfer Konventionen (die Folter verbieten. B.B.) auf die Gefangenen des Afghanistan-Kriegs den Vorteil habe, die strafrechtliche Verfolgung von US-Behördenvertretern nach dem US-Gesetz zu Kriegsverbrechen zu erschweren». In einem Memorandum der Rechtsabteilung des US-Justizministeriums heißt es, es gebe «eine breite Palette an Maßnahmen, die zwar grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung darstellen könnten, jedoch nicht als Folter zu werten seien»<sup>10</sup>. Besagtes «schleichendes Gift» tritt hier ganz offen zutage ...

*Apropos US-Richter:* Ein Bezirksgericht wies eine Klage gegen den ehemaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und andere Militärs, die für Folter verantwortlich gemacht werden, aus formalen Gründen ab. Bürgerrechtsorganisationen haben die Klage von neun früheren Häftlingen unterstützt, die in US-Gefangenschaft im Irak und in Afghanistan gefoltert wurden. «Die Gefangenen seien geschlagen, sexuell gedemütigt, mit Messern verletzt, lange Zeit in schmerzvollen Haltungen gezwungen, mit dem Tod bedroht oder Scheinhinrichtungen ausgesetzt worden. Alle Kläger wurden, ohne dass jemals Anklage erhoben wurde, nach Haftzeiten bis zu einem Jahr wieder freigelassen. Die Kläger fordern Schadensersatz und ein Urteil, dass die Angeklagten die Verfassung der USA, US-Rechte und internationales Recht verletzt haben, indem sie Folter und Misshandlungen angeordnet oder gebilligt haben.» Der Richter hat die Klage abgewiesen, «weil die US-Verfassung nicht für Ausländer in anderen Ländern gelte und Rumsfeld als ehemaliger Verteidigungsminister sowieso Immunität genieße»<sup>8</sup>. Der rechtliche Ausnahmezustand für die US-Regierung ist auch darum besonders stoßend, weil der Richter in seinem Urteil davon ausgegangen ist, dass die Angeklagten tatsächlich gefoltert und misshandelt worden sind. Aber, so meint er: Wenn man Schadensersatzansprüche gegen Militärs im Krieg zulassen würde, würde man «Feinden die Möglichkeit eröffnen, unsere eigenen Gerichte zu benutzen, um die Fähigkeit der Streitkräfte zu behindern, entschieden und ohne Zögern zu handeln». Man sieht: Die Clique, die zurzeit die USA regiert, nimmt ganz offensichtlich Sonderrechte für sich in Anspruch. Im Fall Milosevic galten andere Maßstäbe ...

### «Herstellung der Menschenrechte»

Diese Vorgänge und vor allem auch die unsägliche Misshandlung von Menschen müssten all jene hellwach machen, die sich für Anthroposophen halten. Denn der von Rudolf Steiner inaugurierte Impuls nach dem dreigliederten sozialen Organismus will nicht nur die «Entwicklung des Menschen in allen seinen Fähigkeiten durch das selbständige Geistesleben» und eine «gerechte

Güterverteilung in einem richtigen Wertgestaltungsverhältnis der Güter (Waren) durch Umgestaltung des gegenwärtigen Kapital- und Lohnsystems», sondern ausdrücklich auch die «Herstellung der Menschenrechte» und zwar «durch den Ausschluß aller nicht allgemeinemenschlichen Interessen vom Rechtsboden»<sup>11</sup>. Diese Menschenrechte sind unteilbar und gelten für alle Menschen, nicht nur für eine handverlesene Clique.

### Wie man eine ahrimanische Unsterblichkeit erreicht

Dass da bestimmte Sonderinteressen, egoistische Gruppeninteressen, im Spiel sind, hat Rudolf Steiner schon vor 90 Jahren gesehen, als er auf die Impulse gewisser (okkultur) «Brüderschaften» zu reden kam: Diesen ist es darum zu tun, «den Materialismus noch zu übermaterialisieren», gewissermaßen eine «ahrimanische Unsterblichkeit für die Teilnehmer solcher Brüderschaften zu schaffen». Das können sie «am allermeisten dadurch, daß sie Gruppeninteressen, Gruppenegoismen vertreten, und das tun sie ja im eminentesten Maße. Und schon darin liegt das Bestreben, ein Gruppeninteresse zu vertreten, daß gewissermaßen die einflußreichsten dieser Brüderschaften von dem Gesichtspunkte ausgehen (...): die fünfte nachatlantische Kulturperiode ganz zu durchtränken mit alldem, was englisch spricht. Denn das ist ja für diese Brüderschaften die Definition der fünften nachatlantischen Periode: Alles dasjenige gehört zu den Menschen der fünften nachatlantischen Periode, was englisch spricht, die englisch sprechenden Menschen. Damit liegt schon in dem allerersten Grundsatz die Einengung auf ein egoistisches Gruppeninteresse.»<sup>12</sup> Damit ist «geistig etwas ungeheuer Bedeutungsvolles» gemeint: eine «Wirkung nicht nur auf die menschlichen Individualitäten auszuüben, insofern diese zwischen Geburt und Tod im physischen Leibe verkörpert sind, sondern auf die ganzen menschlichen Individualitäten, auch insofern sie zwischen dem Tod und einer neuen Geburt leben. Denn durch das, was da angestrebt wird, wird erreicht, daß die menschliche Individualität sich hineinlebt in die geistige Welt, durchdrungen wird von der Hierarchie der Angeloi (für Unkundige: Engel. B.B.), aber nicht hinaufsteigt zu der Hierarchie der Archangeloi (Erzengel. B.B.). Es wird gewissermaßen angestrebt, abzusetzen von der menschlichen Entwicklung die Hierarchie der Archangeloi!»

Das ist auch darum sehr bedeutsam, weil der Mensch nach dem Tode in der richtigen Weise in die geistige Welt hineinwachsen muss. Und da besteht ein Hindernis für «dasjenige, was uns das klare, helle Bewußtsein gibt in der geistigen Welt» und dieses Hemmnis ist die menschliche Sprache. «Der Tote muß allmählich der Sprache entwachsen, sonst würde das Verbleiben in den Affinitä-

ten, die ihn an die Sprache binden, ihn verhindern, in das Reich der Archangeloi hineinzuwachsen. Die Sprache ist wirklich nur für irdische Verhältnisse da.» (Nebenbei: «Geisteswissenschaft emanzipiert uns in gewissem Sinne von der Sprache.») Wenn dafür gesorgt wird, dass die Toten von der Welt der Archangeloi abgeschlossen werden – wie es die erwähnten «Brüderschaften» anstreben –, mangelt den gestorbenen Menschen «das helle, starke Bewusstsein», sie kommen in «eine Art Traumleben». Nun können sie aber auf die Dauer nicht ohne das auskommen, was sie normalerweise von der Welt der Archangeloi bekommen würden, sie müssen etwas anderes erhalten. «Sie werden durchsetzt von etwas, was von den auf der Archangeloistufe zurückgebliebenen Archai kommt, von Zeitgeistern, (...) die nicht aufgestiegen sind bis zum Zeitgeist, sondern zurückgeblieben sind auf der Archangeloistufe. Sie hätten Archai werden sollen im normalen Entwicklungsgange, sind aber auf der Archangeloistufe zurückgeblieben. Das heißt, sie werden im eminentesten Sinne ahrimanisch durchsetzt.»

Diese Machinationen haben eminente Folgen: «Wenn mit okkulten Mitteln angestrebt wird, einem einzelnen Volksgeiste die Weltherrschaft zu sichern, dann bedeutet das, daß Wirkungen bis hinein in die geistige Welt erzielt werden sollen, es bedeutet, daß man an die Stelle der berechtigten Herrschaft der Archangeloi über die Toten setzt die unberechtigte Herrschaft der Archangeloi gebliebenen Archai, der unberechtigten Zeitgeister. Und mit diesen hat man erreicht eine ahrimanische Unsterblichkeit.»<sup>12</sup>

### Ein offenes Geheimnis

Nun ist ja längst kein Geheimnis mehr, zu welcher einflussreichen «Brüderschaft» der gegenwärtige amerikanische Präsident (wie sein Vater und sein Großvater) gehört. Der neue Hollywood-Film von Robert De Niro (*The Good Shepherd, Der gute Hirte*, mit Matt Damon, Angelina Jolie, usw.), der in den letzten Wochen im deutschsprachigen Raum lief, hat es wiederum dargestellt: *Skull and Bones* ist vordergründig eine Studentenverbindung an der Yale University, aber in der Substanz eine zeitenübergreifende Geheimbrüderschaft, die – wie der Film recherchiert hat – beispielsweise in der Lage war, den US-Geheimdienst CIA zu gründen und zu kontrollieren. Dennoch bleiben die Hintermänner von George W. Bush im Nebel, okkult. Gewiss es geht immer auch um Geld und Macht, aber letztlich sind das doch nur Mittel zum Zweck, der sich erst zu erschließen beginnt, wenn man sich ernsthaft um das Verstehen der Angaben von Rudolf Steiner bemüht.

Boris Bernstein

P.S. Was aufmerksame Beobachter von Anfang an schließen konnten und was Bushs damaliger «Terrorbeauftragter» Richard A. Clarke in Interviews ausplauderte<sup>13</sup>, wurde jetzt sozusagen amtlich: «Massenvernichtungswaffen, Atompläne, Qaida-Connection: Um den Irak-Feldzug zu rechtfertigen, ließ US-Präsident Bush munter Kriegsgründe erfinden. Jetzt tauchte erstmals ein Memo des Pentagons auf, das zeigt, wie die Administration ihre Beamten drängte, wohlfeile Analysen anzufertigen.»<sup>14</sup> Einer der «Erfinder» war – auf Drängen des damaligen Vize-Verteidigungsministers Paul Wolfowitz – Staatssekretär Douglas J. Feith, die Nummer drei im Pentagon. Feith, der alle Vorwürfe zurückweist, verließ das Pentagon im August 2005 und lehrt nun an der Schule für den Auswärtigen Dienst an der Universität Georgetown<sup>15</sup> ...

- 1 Spiegel Online, 31.3.2007
- 2 Apropos 28, Der Europäer, Oktober 2006
- 3 www.sueddeutsche.de/ 29.3.2007
- 4 Der Europäer, März 2007
- 5 Reuters-Meldung vom 31.3.2007
- 6 AP-Meldung vom 31.3.2007
- 7 www.telepolis.de/ 2..4.2007
- 8 www.telepolis.de/ 28.3.2007
- 9 AP-Meldung vom 1.4.2007
- 10 www.amnesty.ch
- 11 Rudolf Steiner, GA 24, S. 440
- 12 Rudolf Steiner, GA 174, 22. Januar 1917
- 13 Der Europäer, Februar 2006
- 14 Spiegel Online, 6.4.2007
- 15 www.stern.de/ 10.2.2007

## Leserbriefe

### Erst nach umfänglichen Veränderungen

Gedanken zur Diskussion um das Grundeinkommen

Im Zusammenhang mit dem Begriff «Grundeinkommen» ist manchmal von «Dreigliederung» die Rede. Hat das eine mit dem anderen etwas zu tun?

In einem unerhörten Einsatz hat Rudolf Steiner sich vor 90 Jahren bemüht, die Notwendigkeit der organischen Gliederung des erkennbar immer unzulängli-

cher werdenden Einheitsstaates in die autonomen drei Bereiche Geistesleben, Rechts- oder Staatsleben und Wirtschaftsleben den Menschen seiner Zeit verständlich zu machen – in öffentlichen Großveranstaltungen und in Privatgesprächen mit einzelnen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Darüber hinaus hat er in kleinen Kreisen seiner «anthroposophischen Freunde» die esoterische Begründung dieser Dreigliederung dargestellt. Fast alle diese Ansprachen und Vorträge sind veröffentlicht.

Diese Dreigliederung des sozialen Organismus ist mehr als etwas, was mit ein paar Rechnungen Einzelner über ein – mehr oder weniger bedingungsloses – Grundeinkommen erfasst werden kann. Dieses «Grundeinkommen» darf keineswegs verwechselt werden mit dem, was Rudolf Steiner als die «Grundrente» beschrieb, und seine Einführung kann nicht am Anfang einer sozialen Neugestaltung stehen, sondern könnte sich erst nach umfänglichen Veränderungen ergeben. ▶

Dilldapp

